



**Zusammenfassung der Antworten der Partei Die PARTEI zu den Wahlprüfsteinen  
des Verkehrsclub Deutschland (VCD), Landesverband Hessen  
zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023 in Hessen**

**1. Frage:** Der VCD hat zusammen mit anderen Verbänden den Entwurf für ein hessisches Verkehrswendegesetz vorgelegt. Wir fordern darin, die Mobilität in Hessen umwelt- und sozialverträglich, klimaneutral, verkehrssicher und durchgängig barrierefrei zu gestalten. Allen Menschen soll eine gerechte Teilhabe an Mobilitätsangeboten und Verkehrsinfrastruktur unabhängig von Wohnort, Alter, Geschlecht, Lebenssituation, Herkunft, persönlichen Mobilitätseinschränkungen oder individueller Verkehrsmittelverfügbarkeit ermöglicht werden. Insbesondere im suburbanen und ländlichen Raum fehlen dafür verlässliche ganztägige Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein sicheres Wegenetz für zu Fuß gehende oder mit dem Rad fahrende Menschen.

Wie wollen Sie Mobilität für alle Menschen gesetzlich und ganz praktisch sicherstellen?

a) für das Land Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte stellen Sie ggf. Ihre abweichende Position dar und begründen Sie diese.

**Antwort:**

Eine Kandidatin von Die PARTEI befürwortet den Gesetzesentwurf und will ein günstigeres Deutschland-Ticket. Andere schlagen eine Rikscha-Pflicht vor, sowie ein Pflichtfaulheit.

**2. Frage:** Um den Klimawandel zu begrenzen und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen, ist es notwendig, Verkehr zu vermeiden und Mobilität weitestgehend auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern.

Teilen Sie dieses Ziel? Wenn ja, was wollen Sie im Landesparlament oder in der Landesregierung konkret dafür tun? a) für das Land Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte stellen Sie ggf. Ihre abweichende Position dar und begründen Sie diese.

**Antwort:**

Eine Kandidatin von Die PARTEI unterstützt das Ziel und will umweltfreundliche Verkehrsträger fördern, sowie die Aufenthaltsqualität steigern. Andere wollen fliegende Betten, Raser\*innenschutz und eine Mindestgeschwindigkeit von 120km/h innerorts.

**3. Frage:** Der VCD setzt sich dafür ein, den „Umweltverbund“ aus Bahn, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu priorisieren, Straßenneu- oder -ausbauten zu vermeiden, und Investitionsmittel stattdessen für Erhalt, Sanierung und Modernisierung der Straßeninfrastruktur zu verwenden.

Wie stehen Sie zu diesem Ziel und was wollen Sie ggf. im Landesparlament oder in der Landesregierung konkret hierfür tun? a) in Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte geben Sie auch hier an, wie Sie als Landespolitikerin oder Landespolitiker auf die Planungen des Bundes Einfluss nehmen wollen.

**Antwort:**

Eine Kandidatin von Die PARTEI teilt das Ziel und unterstützt Tempolimits. Sie möchte Kommunen mehr Freiräume bei der Festlegung von Höchstgeschwindigkeiten geben und würde im Landtag auch versuchen, dies gerichtlich durchzusetzen. Andere Kandidaten schlagen ein 1-Cent-Ticket pro Jahr für alle Verkehrsträger, die Verstaatlichung von Privatjets und mehr Investitionen in fliegende Betten, vor.

**4. Frage:** Unabhängig vom Ziel der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung ist es in der Bevölkerung und in den Parteien weitgehend unstrittig, dass die Bahn leistungsfähiger werden muss und dafür schnellstmöglich die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Das betrifft landespolitisch den Regionalverkehr, aber auch die Verknüpfung mit dem Fernverkehr und erfordert eine bessere Infrastruktur, auch für den Schienengüterverkehr.

Was wollen Sie im Landesparlament oder in der Landesregierung genau dafür tun?

a) für das Land Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte geben Sie hierbei auch an, wie Sie als Landespolitikerin oder Landespolitiker auf die Planungen des Bundes Einfluss nehmen wollen.

**Antwort:**

Eine Kandidatin von Die PARTEI möchte alte Bahnstrecken reaktivieren, sowie die Schieneninfrastruktur technisch verbessern. Andere setzen bei der Schiene auf Draisinen oder wollen per Gesetz Politiker der CDU/CSU, Die Grünen und FDP aus dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz heraushalten.